

Pressemitteilung vom 29. August 2014

Brandenburger Wasserwirtschaft fordert Landesregierung zum Handeln auf

Zukunft jetzt gestalten – Siedlungswasserwirtschaft entwickeln

Potsdam. Mit Blick auf die Landtagswahl am 14. September 2014 fordern die Verbände der Brandenburger Wasserwirtschaft – BDEW, Kowab Ost, Süd sowie West, der Landeswasserverbandstag und der VKU – die neue Landesregierung auf, die Entwicklung der Brandenburger Siedlungswasserwirtschaft zügig und konsequent in Angriff zu nehmen.

Die Wasserwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, um den Problemen des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs im ländlichen Raum einerseits und den Nutzungskonflikten in den städtischen Ballungsräumen andererseits zu begegnen. Wie kann die Ver- und Entsorgungsqualität auch künftig noch sicher und bezahlbar gewährleistet werden? Welche Veränderungen sind hierzu erforderlich? Auf der Suche nach geeigneten Antworten auf diese Fragen startete die Landesregierung im Jahr 2013 gemeinsam mit der Wasserwirtschaft den Leitbildprozess „Zukunft Siedlungswasserwirtschaft“. Damit wurde eine gute Möglichkeit geschaffen, mit den Erfahrungen der Aufgabenträger der Wasserwirtschaft die richtigen Weichenstellungen für eine gesicherte Zukunft der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung des Landes zu ermöglichen. "Jetzt sei die richtige Zeit, Maßnahmen zu ergreifen", so die Vertreter der Wasserwirtschaft. "Wir bieten der neuen Landesregierung an, den langen Weg der erforderlichen Anpassungen gemeinsam zu beschreiten und sie aktiv dabei zu unterstützen".

Konkret formulieren die Verbände 10 Erwartungen an die Landespolitik. Insbesondere halten sie die Optimierung der Aufgabenerledigung, z.B. durch verstärkte Kooperationen, gemeinsame Betriebsführungen etc. für sinnvoll. Hier ist die Landespolitik gefordert, um entsprechende Anreize und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um Fördermittel. Hilfreich wäre es auch, die kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass z.B. Kalkulationen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, wie sie auch im Kommunalabgabengesetz gefordert sind, noch verbessert werden können. Hierzu zählen u.a. eine angemessene Eigenkapitalverzinsung, die Bildung von Rückstellungen für die technische Fortentwicklung, die Ansetzbarkeit von Rückbaukosten in der Kalkulation und die Ermöglichung längerer Kalkulationsperioden, um kurzfristige Schwankungen besser ausgleichen zu können. Neben den wirtschaftlichen Aspekten sind auch die langfristige Sicherung der Grundwasservorkommen und der vorbeugende Grundwasserschutz für eine nachhaltige und zukunftsfähige Trinkwasserversorgung von großer Bedeutung. Hier ist die Landesregierung u.a. dazu aufgefordert, mit den wasserrechtlichen Rahmenbedingungen den größtmöglichen Schutz zu gewährleisten und den Wasserversorgern damit für die Versorgung zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger sowie von Gewerbe und Industrie genügend Betriebs- und Planungssicherheit zu geben.

Hinweis an die Redaktionen

Bitte beachten Sie auch das beigefügte Positionspapier zu den Forderungen an die Landespolitik.

Ansprechpartner

<p>BDEW Landesgruppe Berlin/Brandenburg Ralf Wittmann; Geschäftsführer wittmann@bdew-bb.de Telefon: 030 – 3001992 201</p>	<p>KOWAB West Toralf Heinrich, Vorsitzender info@wav-rathenow.de Telefon: 03385 - 495600</p>
<p>KOWAB Ost Henner Haferkorn, Vorsitzender info@kowab.de Telefon: 03341 – 343 0</p>	<p>Landeswasserverbandstag Brandenburg Turgut Pencereci, Geschäftsführer info@lwt-brandenburg.de Telefon: 0331 – 7474 310</p>
<p>KOWAB Süd Ilona Driesner, Vorsitzende i.driesner@waz-jueterbog.de Telefon: 03372 - 41790</p>	<p>VKU – Landesgruppe Berlin-Brandenburg Jarno Wittig, Geschäftsführer wittig@vku.de Telefon: 030 – 58580 471</p>